Stand: 07.09.2026 01:58:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2295

"Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2295 vom 04.06.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3227 des VF vom 01.10.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 15.10.2014
4. Beschluss des Plenums 17/6293 vom 22.04.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 04.06.2014 **Drucksache 17/2295**

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Dr. Christoph Rabenstein, Alexandra Hiersemann, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ hat in der 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Hintergründe der NSU-Mordserie geleistet. Erstmals in der Geschichte des Bayerischen Landtags ist es im Schlussbericht zu gemeinsamen Bewertungen und Schlussfolgerungen aller Mitglieder eines Untersuchungsausschusses gekommen. Ermöglicht wurde dieses Ergebnis durch die überparteiliche und an der Sache orientierte Ausschussarbeit und durch den persönlichen Einsatz seiner Mitglieder. Die Arbeit ist damit jedoch keineswegs beendet.

Auch im Bund und in anderen Ländern haben Untersuchungsausschüsse und Kommissionen parteiübergreifend eine Vielzahl von Reformvorschlägen für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz identifiziert. In Thüringen und Sachsen ist die Arbeit der Untersuchungsausschüsse noch nicht beendet. In einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen hat der Bundestag in dieser Legislaturperiode die Beschlussempfehlungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses erneut bekräftigt und den anstehenden Handlungsbedarf in 50 Reformvorhaben dargestellt.

Vor dem Bayerischen Landtag liegt nun die Aufgabe, weiter Aufklärung zu betreiben und die Herausforderung, die Umsetzung der anstehenden Reformen parlamentarisch mit Nachdruck und Sorgfalt zu begleiten. Unabhängig von den bereits ergriffenen und eingeleiteten Maßnahmen sind eine Reihe von Korrekturen und Reformen dringend geboten. In dieser Verantwortung stehen wir gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Angehörigen der Opfer.

Um diesen Reformprozess zu begleiten und voranzutreiben setzt der Bayerische Landtag gem. § 40 seiner Geschäftsordnung eine Kommission zur Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie ein, deren Tätigkeit mit Ablauf der 17. Legislaturperiode beendet ist.

Die Kommission begleitet die Umsetzung der Empfehlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestags „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“, des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ aus der 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags sowie der Bund-Länder-Kommission Rechtsextremismus. Die Kommission steht im Dialog mit den noch tagenden Untersuchungsausschüssen in Thüringen und Sachsen. Sie ist Gesprächspartner aller öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, die sich mit der Aufarbeitung der NSU-Mordserie befassen.

Sie wird sich darüber hinaus ein Bild über die aktuellen Erkenntnisse zum Rechtsterrorismus in Bayern verschaffen. Die Kommission hat Zugriff auf den vollständigen Aktensatz aller zugeleiteten sowie beigezogenen Unterlagen des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ aus der 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags.

Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion. Für jedes Mitglied wird zudem ein stellvertretendes Mitglied bestellt. Der Vorsitz wechselt zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße.

Die Sitzungen der Kommission sind grundsätzlich öffentlich. Die Kommission kann von Fall zu Fall Ausnahmen beschließen. Sie ist berechtigt, im Rahmen ihres Auftrags Sachverständige hinzuzuziehen.

Die Kommission legt dem Landtag spätestens bis zur parlamentarischen Sommerpause 2015 einen schriftlichen Zwischenbericht vor. Ihr abschließender schriftlicher Bericht ist dem Landtag außerdem so rechtzeitig vorzulegen, dass bis zum Ende der Wahlperiode hierüber eine Aussprache im Landtag stattfinden kann.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.10.2014 **Drucksache 17/3227**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/**2295**

Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Jürgen W. Heike**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 10. Juli 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 1. Oktober 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

höre ich jetzt auf. Ansonsten könnte ich unsere Ganztagsphilosophie noch im Detail darlegen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es reicht!)

Ich glaube, es ist nicht notwendig; denn Sie kennen das Konzept. Für uns ist das Thema Ganztag ein wirklich zentraler Bereich der Bildungspolitik. Wir werden hier unserer Verantwortung gerecht. Ich schlage vor, dass sich der Bildungsausschuss nach Durchführung des Gipfels berichten lässt, wie das Konzept aussieht und welche Ergebnisse zu erwarten sind. Das ist mein Vorschlag angesichts der fortgeschrittenen Zeit. Wir werden mit diesem Konzept einen großen Schritt nach vorne im Bereich Ganztag tun können.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der Wunsch besteht, kann ich die nächsten drei Minuten meiner Redezeit noch ausfüllen. Aber ich glaube, es ist nicht notwendig. 6. November! Also in wenigen Wochen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult. Herr Kollege Felbinger hat eine Zwischenfrage.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben von dem großen Fortschritt gesprochen, der hier stattfinden soll. Vielleicht können Sie uns jetzt schon die Maßnahmen kurz nennen, damit wir sehen, was uns erwartet.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich habe jetzt noch zwei Minuten Redezeit, Herr Kollege. Ich schlage Ihnen Folgendes vor. Wir machen zunächst den Verhandlungspartnern, nämlich den kommunalen Spitzenverbänden, ein Angebot, wie es bereits vereinbart ist; dann kann der Bildungsausschuss zeitnah den Bericht einfordern, und man kann das Konzept dem Bildungsausschuss in aller notwendigen Breite vorstellen. Dazu kommen gerne der Minister oder ich. Eine Minute 30 Sekunden sind dafür nicht angemessen. Wir sind auch noch dabei, die letzten Feinheiten auszuarbeiten. Ich glaube, das sollten wir abwarten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Güll, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): Herr Staatssekretär, ich habe einen Vorschlag. Wie wäre es, wenn Vertreter des Bildungsausschusses beim Gipfel mit dabei wären? Dann würden wir alles hautnah erleben und könnten unsere Sicht der Dinge mit einbringen.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Die Verhandlungspartner sind wie im Jahre 2009 die Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände. Anschließend können wir das hier im Hohen Haus, sowohl im Bildungsausschuss als auch im Parlament parlamentarisch beraten und begleiten. Dabei können wir das Konzept gegebenenfalls ergänzen, und dazu kommen wir auch gerne in den Ausschuss.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auf Drucksache 17/3116 die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 11, der Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler und anderer und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie" auf der Drucksache 17/2295 ist im Einvernehmen aller Fraktionen von der heutigen Tagesordnung genommen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzliche Pelzkennzeichnung einführen
(Drs. 17/2329)

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erster der Frau Kollegin Steinberger das Wort erteilen.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar schon etwas spät, aber heute doch noch ein guter Tag, um über Pelze zu reden.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.04.2015 **Drucksache 17/6293**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Dr. Christoph Rabenstein, Alexandra Hiersemann, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**2295**, 17/**3227**

Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Florian Ritter
Abg. Katharina Schulze
Abg. Jürgen W. Heike
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie (Drs. 17/2295)

Ich eröffne die Aussprache. Gesamtredezeit der Fraktion ist 24 Minuten. Erster Redner ist Kollege Ritter. Bitte sehr.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach der Selbstenttarnung des NSU hat es nicht nur

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

im Deutschen Bundestag, sondern auch im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss gegeben. Zehn Menschen wurden ermordet, fünf davon in Bayern. Die Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Ermittlungen, mit der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden, aber auch im Umgang mit den Hinterbliebenen und Angehörigen ergeben haben, machten eine öffentliche Aufarbeitung der Vorgänge notwendig.

Wir haben uns hier zusammengefunden in dem einstimmigen Beschluss, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen, und haben auch in weiten Teilen hier sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Die Punkte, Fragen von Behördenversagen, von Fehlentscheidungen und von Mängeln, wurden alle in einem gemeinsamen Untersuchungsausschussbereich der Öffentlichkeit vorgestellt, auch wenn wir in einigen Punkten sicherlich zu unterschiedlichen Ergebnissen in der Einschätzung gekommen sind.

Die Aufarbeitung und die Verhinderung zukünftiger Fehler gehören aber ebenfalls in eine öffentliche Debatte und dürfen nicht einfach nur an die Verwaltung delegiert werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Besonders wenn wir darüber reden wollen und müssen, wie wir die Konsequenzen in den betroffenen Behörden ziehen, stehen wir als Bayerischer Landtag in einer besonderen Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, weil die Morde der NSU auch einen massiven Vertrauensverlust in die Sicherheitsbehörden nach sich gezogen haben, in einer Verantwortung gegenüber den Opfern, aber auch in einer Verantwortung gegenüber den Hinterbliebenen, die ja selbst wieder Opfer geworden sind, nämlich Opfer der Ermittlungen, weil sie einem massiven Ermittlungsdruck ausgesetzt waren.

Es hat im Zusammenhang mit unserem Antrag einen weiteren Antrag der CSU auf Berichterstattung im zuständigen Ausschuss gegeben. Dieser Bericht ist auch gegeben worden. Aber nach diesem Bericht bleibt eine große Fülle an Fragen offen. Wer sich den Bericht anschaut, stellt fest, dass die Bayerische Staatsregierung dort gehandelt hat, wo es auf der Grundlage von Beschlüssen der Bund-Länder-Kommission und des Deutschen Bundestages keine andere Möglichkeit mehr gab, als zu handeln.

Darüber hinaus wurden bei Fragen wie beispielsweise zur interkulturellen Kompetenz in Sicherheitsbehörden oder zum Umgang mit den Hinterbliebenen so getan, als hätte es nie ein Problem gegeben. Der Umgang mit V-Leuten, die Grundlagen der realistischen Einschätzung rechtsextremistischer Gewaltbereitschaft und eines Terrorpotenzials innerhalb der rechtsextremistischen Szene sowie die Frage der Prüfung, wie mögliche rechtsextremistische Tathintergründe bei Verbrechen angegangen werden können, wurden nur oberflächlich behandelt. Das liegt sicherlich auch in der Natur eines solchen Antrags, der im Innenausschuss irgendwo zwischen Fragen der kommunalen Wasserversorgung behandelt wird. Ein Bericht, der da alle zwei Jahre gege-

ben wird, kann natürlich nicht in die Tiefe gehen. Ich frage Sie, ob das aufgrund der Hintergründe der Taten und der Versäumnisse innerhalb der Behörden angemessen ist. – Nein, angemessen ist es nicht, weder in Bezug auf die Vorgänge rund um die Morde und auf dringend notwendige Reformen im Sicherheitsapparat noch in Bezug auf das verloren gegangene Vertrauen in die Sicherheitsbehörden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Eindruck für die Betroffenen – sowohl für die Hinterbliebenen als auch für die gesamte Migranten-Community in Bayern, die hierhergezogen ist und hier ihre Heimat gefunden hat –, dass es bei der Verbrechensbekämpfung Verbrechensopfer erster und zweiter Klasse gibt, Migrantinnen und Migranten ihres Lebens nicht sicher sind und nicht geschützt werden, entstand nicht zu Unrecht.

Unsere Aufgabe ist es nicht, Verwaltungspapiere zur Kenntnis zu nehmen und durchzuwinken, sondern ist es, bei der Umsetzung der Konsequenzen aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses unter Hinzuziehung von externen Fachleuten in die Tiefe zu gehen. Die Geschichte zeigt, dass das Braten im eigenen Saft den Sicherheitsbehörden nicht gutgetan hat. Es ist unsere Aufgabe, den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag in Bezug auf die darin vorgestellten Konsequenzen durchzugehen und gemeinsam unter Hinzuziehung von wissenschaftlicher Expertise den besten Weg zu finden, um die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu verbessern und Vertrauen zurückzugewinnen. Stimmen Sie zu. Lassen Sie uns diese Begleitkommission gemeinsam einrichten und gemeinsam für die notwendigen Reformen arbeiten!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Ritter. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Schulze, bitte sehr.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bombenanschläge, Raubüberfälle, zehn Morde – davon fünf in Bayern –, das ist die bisher bekannte schreckliche Bilanz der rechtsterroristischen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund – NSU. Erst durch die Selbstenttarnung ist sie ans Licht gekommen. Im Zuge dessen wurde deutlich: Unsere Sicherheitsbehörden haben versagt.

Der Bayerische Landtag hat sich in der letzten Legislatur mit den Fehlern und Versäumnissen der Sicherheitsbehörden im Untersuchungsausschuss "Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" auseinandergesetzt. Parteiübergreifend wurden ein großer Maßnahmenkatalog und Reformen beschlossen, zum Teil mit gemeinsamen Handlungsempfehlungen. Die Aufklärung über den Rechtsterrorismus in Bayern und vor allem darüber, ob die Reformen und Ideen richtig umgesetzt sind, ist mit Beginn der neuen Legislaturperiode noch lange nicht vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Derzeit nehmen in ganz Deutschland fünf neue Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit auf, um weiter Licht in die Hintergründe der Mordserie und die Ursachen des Versagens der Sicherheitsbehörden zu bringen. Immer wieder kommen neue erschütternde Details ans Tageslicht. Auch der Prozess gegen Beate Zschäpe vor dem OLG München wird noch mindestens bis ins Jahr 2016 fortgesetzt. Ich finde, dass es der Bayerische Landtag den Hinterbliebenen der Opfer schuldig ist, nicht den Aktendeckel zu schließen, während die Aufklärung weiter voranschreitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen also im Bayerischen Landtag die NSU-Kommission, die die Umsetzung von notwendigen Reformen und Empfehlungen bei der Arbeit der Polizei und der Justizbehörden begleitet. Wir brauchen eine Kommission, die in Dialog mit Untersuchungsausschüssen in den anderen Bundesländern tritt und die Aufklärung weiter vorantreibt. Sie soll für alle öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, die sich mit

der Aufklärung der Mordserie befassen, Gesprächspartnerin sein; denn eine Sache darf nicht passieren: Das Staatsversagen darf sich bei der Aufklärung nicht weiter fortsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Florian Ritter und ich sind am Anfang der Legislaturperiode auf alle Fraktionen zugegangen, weil wir an diesem Thema gemeinsam weiterarbeiten wollen; denn es ist ein Gebot der Vernunft, bei diesem Thema fraktionsübergreifend für bessere Ideen und für die Umsetzung der Reformen zu kämpfen. Wir dachten, das wäre eigentlich kein Problem. Doch leider wurden wir eines Besseren belehrt: Die Rückmeldungen und die Debatte in den Ausschüssen über unseren Antrag waren erschütternd. Der Hauptte-nor war: Das brauchen wir alles nicht; das ist schon erledigt; in Bayern läuft doch alles super.

Das ist beschämend; denn in Bayern läuft bei der Bekämpfung des Rechtsterrorismus eben nicht alles super. Auch bei der Umsetzung der zahlreichen Reformen aus dem Untersuchungsausschuss und bei der Diskussion darüber, welchen zusätzlichen Handlungsbedarf es in den Sicherheitsbehörden gibt, läuft nicht alles super.Es gibt immer mehr Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, immer mehr Einschüchte-rungsversuche gegenüber politischen Gegnerinnen und Gegnern und zunehmende Fälle von Nazi-Schmierereien. Der Rassismus ist in der sogenannten Mitte der Gesellschaft in Bayern vorhanden. All das gibt es hier in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie verharmlosen regelmäßig die Gefahr, die von rechtsextremen Tätern ausgeht. Wer guten Gewissens behauptet, in Bayern bestehe kein Handlungsbedarf, wir bräuchten keine NSU-Kommission, leidet an Realitätsverzerrung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz abgesehen von der inhaltlichen Notwendigkeit einer NSU-Kommission, brauchen wir diese NSU-Kommission unserer Meinung nach auch für ein starkes Zeichen: Wir sind es den Angehörigen und den Hinterbliebenen der Opfer schuldig; denn sie

haben nicht nur geliebte Menschen verloren. Sie haben sich auch oft genug bei unseren eigenen Sicherheitsbehörden schutzlos gefühlt, weil sie häufig selbst im Mittelpunkt der Ermittlungen standen.

Wir sind der Meinung, dass der Bayerische Landtag mit einer solchen Kommission ein deutliches Zeichen an die Öffentlichkeit hinaussenden würde: Wir sind eben nicht zur Tagesordnung übergegangen. Wir arbeiten daran, dass solche schrecklichen Taten in Zukunft besser verhindert werden können. Vor allem: Es tut uns leid, dass der bayerische Staat seine Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht besser schützen konnte.

Wir sind der Meinung, dass es keine guten Gründe gibt, weshalb man eine NSU-Kommission ablehnen sollte. Ich kann mich nur wiederholen: Wir haben mit allen Fraktionen im Landtag unzählige Gespräche geführt, weil wir gemeinsam, fraktionsübergreifend, an diesem Thema weiterarbeiten wollten. Bisher haben wir von Ihnen nur negative Signale vernommen. Vielleicht sind Sie noch einmal in sich gegangen und haben sich eine andere Meinung gebildet. Das würde uns sehr freuen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat sich Herr Kollege Heike gemeldet. Bitte sehr.

Jürgen W. Heike (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Frau Schulze, lassen Sie doch bitte die Kirche im Dorf. Sie stellen sich hierher und sagen, in Bayern wäre die Sicherheit nicht gewährleistet gewesen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das war sie ja auch nicht! Fünf Morde! – Florian Ritter (SPD): Fünf Tote! Ermittlungen in alle Richtungen, nur nicht in die richtige!)

Ich muss Ihnen sagen: Es gibt nicht nur den NSU. Wir haben bei unseren Sicherheitsbehörden eine ganze Reihe von hervorragenden Ergebnissen. Hier schließe ich unsere Polizei und unseren Verfassungsschutz ein. Wenn Sie hier alles schlechtreden, ma-

chen Sie damit nichts besser. Denen, die Sie unterstützen wollen, geben Sie Steine statt Brot.

(Beifall bei der CSU – Florian Ritter (SPD): Was soll man denn bei dem NSU-Skandal noch schlechtreden?)

So wollen wir die Diskussion nicht führen.

(Florian Ritter (SPD): Was soll man denn an dem NSU-Skandal noch schlechtreden? Entschuldigung!)

- Herr Kollege Ritter, was haben denn Sie so Schlaues gewusst, dass Sie diese Fälle hätten verhindern können? - Sie waren genauso wenig informiert wie wir auch. Sie wollen im Nachhinein alles richtig machen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Um zu lernen! Sie wollen nicht lernen! Das ist das Problem!)

- Da sind wir uns einig. Wir wollen lernen. Allerdings kann man nicht leugnen, dass bisher gute Arbeit geleistet worden ist. Herr Ritter, das haben nicht Sie gesagt, sondern Frau Kollegin Schulze.

Wir haben Konsequenzen gezogen. Es werden auch weiterhin massive Konsequenzen gezogen. Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Sicherheitskräften wurde nicht nur in Bayern, sondern bundesweit auf den Prüfstand gestellt. Hier ist einiges geschehen. Übrigens ist diese Reform in der Innenministerkonferenz und in den Ausschüssen des Bundes, die wir alle kennen, abgesprochen und auf den Weg gebracht worden. Das wird auch weiterentwickelt. In Bayern haben wir dieses Thema im Kommunalausschuss aufgearbeitet und nicht zuletzt im Untersuchungsausschuss.

(Florian Ritter (SPD): Das waren einmal 1,5 Stunden!)

Dieser Untersuchungsausschuss war richtig und wichtig. Er hat einige Probleme aufgezeigt, die wir abgeschafft haben. Wie Sie sagen: Wir lernen aus der Situation. Unse-

re Sicherheitsbehörden haben nicht versagt, sondern lernen. Ich maße mir nicht an zu behaupten, dass ich anders als die Sicherheitsbehörden reagiert hätte. Wir alle haben etwas erleben müssen, was wir uns so vorher nicht hätten vorstellen können. Wir lernen daraus, und wir haben daraus Konsequenzen gezogen.

Frau Kollegin Schulze, wir schließen auch nicht die Akten. Wir sind weiter an diesem Thema dran, nicht nur wir, sondern auch der gesamte Bund. Es gibt einen Verbesserungsvorschlag zum Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden, der Justiz und den Nachrichtendiensten. Außerdem ist das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus erweitert worden. Dort wird gut gearbeitet. Sie vergessen gern, dies zu erwähnen. Zusätzlich gibt es noch informationelle Zusammenarbeit bei den Sicherheitsbehörden, die auf neue Beine gestellt worden ist. Wir werden nicht nur das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unterstützen, sondern auch die Berichtspflichten gegenüber dem Staatsminister des Innern auf diesem Wege weiterentwickeln.

Aus diesen Berichten können wir nur lernen. Dies werden wir auch tun. Außerdem wurde zwischen dem bayerischen LfV und dem Staatlichen Archiv Bayern zur Archivierung eine Regelung gefunden, die auch dann noch gilt, wenn die Unterlagen bereits weggelegt wurden. Die Akten sind also keineswegs geschlossen. Somit kann ich feststellen: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Jetzt zu Ihrem Antrag: Ich muss ganz deutlich sagen, dass ich die Zielrichtung nicht verstehe. Wir haben alles auf den Weg gebracht, was zu tun ist. Jetzt sollen wir wieder eine Kommission bilden. Ich erinnere mich an den Satz, den ich immer so gerne sage: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bild‘ ich einen Arbeitskreis. So kommen wir mit Sicherheit in der Politik nicht weiter. Die neue Organisationsstruktur, das operative Terrorismus-Abwehrzentrum in Bayern, hat sich bereits etabliert und die ersten Schritte unternommen. Ich halte es für ein Gebot der Vernunft, dass wir diejenigen arbeiten lassen, die etwas von der Sache verstehen und die das können. Die Politik ist schön und gut, aber sie kann diese Arbeit nur begleiten. Die Arbeit sollte von den Fachleuten

getan werden. Wir sollten diese Arbeit prüfen. Hier sind wir hoffentlich einer Meinung. Wir können nicht alles besser wissen als diejenigen, die diese Arbeit gelernt haben und sie seit Jahren und Jahrzehnten tun. Diese Leute haben dazu beigetragen, dass wir in Bayern eine Sicherheitslage haben, um die manch anderes Bundesland froh wäre.

Deshalb werde ich Ihnen sicherlich keine Überraschung bereiten, wenn ich sage: Wir sind gegen diese Kommission, weil wir nicht glauben, dass dadurch irgendetwas verändert wird.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Herr Kollege Heike, Sie haben es herausgefordert. Bevor ich Frau Kollegin Schulze die Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung gebe, teile ich Ihnen mit, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Jetzt reicht es aber! Seid einfach einmal anwesend!)

Zwischenrufe sind nach der Geschäftsordnung zulässig. - Jetzt kommen wir zur Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Kollege Heike, Sie haben selbst gesagt, dass die Arbeit im Untersuchungsausschuss über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg sehr gut gelaufen ist. Es wurde ein großes Maßnahmenpaket beschlossen, das alle Fraktionen mitgetragen haben. Darüber hinaus gab es noch Forderungen der einzelnen Fraktionen, die man sich ansehen und über die man diskutieren könnte.

Sie haben diesem Punkt zugestimmt, was ich den Debatten in den Ausschüssen entnommen habe. Deshalb kann ich Ihr Ergebnis jetzt nicht nachvollziehen, dass Sie sich gegen diese Kommission wehren. Wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen hätten,

hätten Sie festgestellt, dass darin steht, dass der Bayerische Landtag dabei sein sollte, weil ihn die Aufdeckung dieser NSU-Mordvereinigung so erschüttert hat.

Wir sollten darauf achten, dass die Reformen, die wir im Untersuchungsausschuss des Landtags als richtig erachtet haben, auch umgesetzt werden. Wir müssen uns mit den Untersuchungsausschüssen aus anderen Ländern austauschen und Informationen zusammentragen. Vor allem müssen wir als Bayerischer Landtag ein Zeichen nach draußen senden, dass wir lernen wollen und auch lernen. Das sind Forderungen, die man vernünftigerweise nicht ablehnen kann. Sie haben mit Ihrem flapsigen Spruch "Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bild‘ ich einen Arbeitskreis" kein inhaltliches Argument gegeben, warum Sie gegen diese NSU-Kommission sind. Vielleicht können Sie mir das einmal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Kollegin, Sie sagen immer so gerne, man hört Ihnen nicht zu, oder man versteht Sie nicht und Ähnliches. Ich will gar nicht diese Retourkutsche fahren. Aber vielleicht wäre es Zeit, dass Sie in der Öffentlichkeit klarstellen: Sie selbst sind Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, in dem sehr wohl über diese Sachen gesprochen wird. Das geschieht natürlich vertraulich. Was man nicht hinaustragen darf, wissen Sie genauso gut wie ich; ich habe es Ihnen gleich am Anfang gesagt. Seit dieser Zeit haben wir davon ein klares und deutliches Verständnis.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Darüber hätten Sie mich nicht belehren müssen! Das wusste ich schon vorher!)

Allerdings können Sie mir nicht erklären, warum man eine Kommission brauchen soll, wo doch zurzeit ein Maßnahmenpaket ausgearbeitet wird. Warum ich zusätzlich einen Arbeitskreis oder einen Ausschuss – oder wie auch immer Sie es nennen wollen – brauchen soll, um diese Vorschläge umzusetzen, verstehe ich überhaupt nicht. Wofür

haben wir denn die Arbeitskreise und die Ausschüsse hier im Parlament? – Die sind dafür zuständig und haben die Beratung durch Fachleute. Sie müssen mittlerweile einsehen, dass es Menschen gibt, die davon ein bisschen mehr verstehen als Sie und ich.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Im allerletzten Moment hat der Kollege Ritter noch eine Zwischenbemerkung angemeldet.

(Zuruf)

- Ja, aber nur fast zu spät. Herr Ritter, bitte schön.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege Heike, Sie zielen immer auf die Fachleute ab, die zur Verfügung stehen. Die bayerische Polizei hat auf die Fachleute des Landesverfassungsschutzes zurückgegriffen, um sich bei den Ermittlungen beraten zu lassen, hat aber von diesen Fachleuten eine überhaupt nicht der Realität entsprechende Einschätzung über Terrorpotenzial innerhalb der rechtsextremen Szene bekommen. Sie haben nämlich gesagt: Da gibt es gar nichts. – Doch wenn man nachvollzogen hat, welche Veröffentlichungen es in dieser Zeit in der rechtsextremen Szene gab, erkennt man, dass es durchaus Hinweise auf Rechtsterrorismus gab.

Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass es Sinn machen würde, zu den hochgelobten Fachleuten Personen von außen hinzuzuziehen, die mal einen anderen Blick darauf werfen und ihre Sichtweise hier im Bayerischen Landtag in einem Ausschuss einbringen können, statt dass Sie die Leute nur im eigenen Saft schmoren lassen und strukturelle Fehleinschätzungen in Kauf nehmen, die man über Jahrzehnte mit sich schleppt? – Auch da gibt es nämlich durchaus eine Historie.

Das ist letztendlich der Inhalt dieses Antrags. Wir zielen darauf, in diese Debatte zusätzliche Kompetenzen hineinzubekommen, damit die Sicherheitsbehörden nicht nur im eigenen Saft schmoren und ständig Fehler replizieren, die sie bei diesem Thema seit Jahrzehnten machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr.

Jürgen W. Heike (CSU): Herr Kollege Ritter, davon, was damals geschah, wissen wir heute einiges genau, weil wir es inzwischen erfahren haben. Aber ich maße mir nicht die Haltung an – und ich glaube, das tun auch Sie nicht -, dass wir zwar alles gewusst haben, aber die Polizei und der Verfassungsschutz nicht auf uns gehört haben.

Sie können als Jurist im Nachhinein grundsätzlich sagen: Das hätte so sein müssen usw. – Aber Sie sind kein Hellseher, und Sie können es auch nicht besser beantworten, als es die Beamten gesehen haben, die die Vorgänge damals bearbeitet haben.

Natürlich ist es richtig, dass es Fehleinschätzungen gab. Die gab es in allen Bereichen, und die wird es auch immer wieder geben, weil man sich gewisse Sachen eben so nicht vorstellen kann. Sie erwarten von konkreten Tipps von außen, dass wir aufgrund dieser nicht im eigenen Saft braten. Ich räume durchaus ein: Ein Blick von außen kann durchaus gut sein. Aber ich halte es für total überzogen, wenn wir glauben, wir können solche Fälle von außen her besser lösen. Es tut mir leid; da kann ich mich Ihnen nicht anschließen. Lassen Sie die Leute arbeiten, die damit befasst sind und die uns dann ihre Erkenntnisse vortragen müssen. Wenn die ihren Bericht vorgetragen haben, können wir über Details diskutieren und überprüfen, was wir davon halten. Dann können Sie auch Ihre Ideen hervorragend einbringen.

Sie möchten jetzt noch einen zusätzlichen Ausschuss einrichten. Dabei haben Sie doch jetzt schon genug Schwierigkeiten, die beiden aktuellen Untersuchungsausschüsse zu besetzen. Sie schaffen sich dadurch keinen Nutzen, und Sie nützen vor allem nicht den Menschen, denen die Kollegin angeblich helfen wollte und die sich sehr verunsichert fühlen. Wir helfen ihnen nicht, indem wir sie instrumentalisieren, sondern indem wir mit ihnen gemeinsam über das trauern, was passiert ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Heike. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER folgt Professor Piazolo. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIE WÄHLER halten den Antrag für sinnvoll und notwendig und werden ihn deshalb unterstützen. Auch die aktuelle Debatte hat mich in dieser Haltung in keiner Weise erschüttert, sondern eher darin bestärkt. Zum einen ist zu bedenken, welches Zeichen wir setzen, wenn wir über so eine Frage so kontrovers diskutieren. Ich hätte mir gewünscht - und der Versuch ist auch unternommen worden -, dass man gemeinsam zu einem Ergebnis kommt. Darüber, wie man das Gremium dann nennt und anlegt, hätte man sicherlich verhandeln können. Das Gremium könnte Kommission oder Arbeitskreis heißen. Sie verwenden immer das schöne Wort Arbeitskreis. Ein solcher war zwar nicht intendiert. Aber vielleicht hätte man zu einer Lösung finden können.

Herr Heike, bei dem, was Sie gesagt haben, habe ich den Eindruck gewonnen, Sie sind der Auffassung, dass in Bayern schon alle notwendigen Konsequenzen aus dem Untersuchungsausschuss gezogen worden sind. Diesen Eindruck teile ich nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich stimme Ihnen ausdrücklich darin zu, dass Konsequenzen gezogen worden sind. Ich stimme Ihnen auch ausdrücklich darin zu – dieser Meinung sind wir wohl alle -, dass der Untersuchungsausschuss in weiten Teilen sehr geschlossen und sehr auf ein Ziel orientiert gearbeitet hat. Aber erinnern Sie sich daran zurück: Das geschah unter großem Zeitdruck und gerade vor der Landtagswahl.

Wir haben uns im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses vorbehalten, dass man ihn vielleicht neu einsetzen muss, wenn neue Ergebnisse kommen. Wenn ich die Debatte und das, was seitdem passiert ist, richtig verfolge, gelange ich zu dem Schluss, dass ständig neue Erkenntnisse kommen. Wir haben neue Erkenntnisse in

dem Prozess gewonnen, der in München läuft. Wir verfügen über neue Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages und aus den NSU-Untersuchungsausschüssen der anderen Länder.

Ich möchte gar nicht sagen, dass Bayern eine besonders hohe Schuld trägt. Aber in Bayern ist nun einmal die Hälfte der Morde geschehen. Insofern stünde es uns gut zu Gesicht, und es wäre ein Zeichen, wenn wir das Thema hoch aufhängen und intensiv behandeln. Dazu sagen Sie nun: Es reicht, wenn wir das in den Ausschüssen tun und wenn wir die Behörden arbeiten lassen. - Ich habe kein grundsätzliches Misstrauen gegen bayerische Behörden. Nein, das habe ich nicht. Aber der NSU-Untersuchungsausschuss und manch anderer Untersuchungsausschuss hat deutlich gemacht, dass es manchmal schon sinnvoll ist, in die Tiefe zu schauen. Auch jetzt sind im Bayerischen Landtag zwei Untersuchungsausschüsse tätig, die wahrscheinlich genau zu diesem Ergebnis kommen werden. Damit meine ich nicht das Ergebnis, dass in bayerischen Behörden alles schlecht ist, sondern das Ergebnis, dass es sehr sinnvoll ist, genauer in Behörden hineinzuschauen, und dass dort einiges vonstatten geht, was verbesserungswürdig wäre. Insofern begrüße ich den Antrag, und ich begrüße es auch, wenn wir die geforderte Kommission einsetzen würden.

Gestatten Sie mir bitte herauszustreichen, dass ich ein Argument doch nicht gelten lasse: nämlich das Argument, dass die beantragte Kommission zu viel Arbeit bedeutet und der eine oder andere damit überfordert ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir Abgeordnete haben viel zu tun. Vielleicht sind gerade die kleineren Fraktionen durch ein solches Gremium besonders belastet. Aber ich möchte anders als Sie keiner Fraktion hier unterstellen, dass sie sich schwer tut, die Ausschüsse zu besetzen. Ich glaube, das ist nicht der Fall.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

- Herr Heike, dann würde ich doch sagen, ich habe manchmal den Eindruck, dass die CSU, wie zum Beispiel jetzt, häufiger als die anderen Fraktionen Schwierigkeiten hat, ihre Leute für die Abstimmungen zusammenzubringen. Das gilt auch in anderen Ausschüssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Ich gestehe Ihnen zu: Das ist natürlich für eine Regierungsfraktion immer schwieriger als für die anderen Fraktionen. Sie muss alle Leute beisammen haben, damit sie die Mehrheit hat. Das ist schon klar. Aber bei diesem wichtigen Thema möchte ich nicht die Behauptung stehen lassen – ich glaube, sie war auf die SPD gemünzt -: Die Kollegen haben Schwierigkeiten, die Ausschüsse zu besetzen. – Das ist sicherlich nicht der Fall, und dieses Argument sollten wir nicht in den Vordergrund stellen.Das ist auch falsch.

Ich halte eine solche Kommission für sinnvoll. Wenn Sie nicht zustimmen können, könnten Sie sich überlegen, die Kommission anders zu nennen. Das Thema ist jedoch so wichtig, dass wir es gemeinsam intensiv verfolgen sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Professor Piazolo. – Meine Damen und Herren, die 15 Minuten Frist bis zur Durchführung der namentlichen Abstimmung sind noch nicht vorbei. Deshalb machen wir mit Tagesordnungspunkt 6 weiter und verschieben die namentliche Abstimmung auf das Ende des nächsten Tagesordnungspunktes.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Damit können wir zur namentlichen Abstimmung über Tagesordnungspunkt 5 kommen, den interfraktionellen Antrag der SPD und der GRÜNEN betreffend "Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung

der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie", Drucksache 17/2295. Ich eröffne die Abstimmung. Dieses Mal stehen wieder fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.12 bis 18.17 Uhr)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler und anderer und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie", Drucksache 17/2295, bekannt. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 86 Abgeordnete gestimmt. Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2015 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie (Drucksache 17/2295)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute			
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	60	86	0